

**Enz**  
Personalservice  
GmbH

**Gemeinsam  
an Ihr Ziel**

**Personalwesen    Wirtschaft    Politik    Recht**

**Sechs Jahre Enz Personalservice lassen uns glauben, dass wir es geschafft haben. Wir haben es geschafft eine Balance zu finden zwischen unseren Mitarbeitern und den Kunden.**

An Tagen wie diesen, wenn sich der Geburtstag der Firma jährt, denkt man gerne daran, wie es damals war. Der Duft der neuen Möbel kitzelt in der Nase, die frisch gestrichenen Wände lassen, vor dem inneren Auge alles wieder wie neu erscheinen. Und doch sind es mittlerweile 6 wundervolle Jahre, in denen wir „Gemeinsam an Ihr Ziel kommen“.

Sie haben uns geholfen, dem neuen und unberührtem Büro leben einzuhauchen. Und hierfür gilt ein großer Dank Ihnen – dass Sie uns 6 Jahre unterstützt haben und wir gemeinsam in die nächsten Jahre starten können. Denn es sind

- ◆ **6 Jahre**, in denen wir gemeinsam an Ihrem Ziel gearbeitet haben
- ◆ **6 Jahre**, in denen wir Mitarbeitern zu Arbeitsverhältnissen auf Dauer verholfen haben
- ◆ **6 Jahre**, in denen wir uns erweitert und auch vergrößert haben

Nicht nur durch unsere zweite Auszubildende im Beruf des Personaldienstleistungskaufmann/-frau, auch durch unsere Niederlassung in Stuttgart möchten wir in Zukunft in allen Anliegen rund um die Arbeitnehmerüberlassung, Personalvermittlung, Auszubildenden-Recruiting und Bewerber-Management Ihr Nummer 1 Ansprechpartner in Baden-Württemberg und der Pfalz sein.

Durch die Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im Frühjahr diesen Jahres liegt eine

spannende und aufregende Zeit hinter uns und gleichzeitig auch noch vor uns. Durch die bevorstehende Bundestagswahl 2017 und die Wahlprogramme der Parteien, sind weitere Veränderungen für die Zeitarbeitsbranche in den kommenden Jahren nicht auszuschließen.

Sei es, dass überflüssige Regulierungen abgeschafft werden sollen oder dass Leiharbeitnehmer/-innen vom ersten Tag an gleich Entlohnt werden sollen wie festangestellte Arbeitnehmer oder dass „Lohndumping“ vermieden werden soll – wir sind gespannt was die nächsten Jahre für uns bereit halten.

Auch wenn sich an Regulierungen und Gesetzen einiges verändert hat und eventuell auch noch verändern kann, unser Motto bleibt auch nach 6 Jahren „Gemeinsam an Ihr Ziel“.

Denn es ist für uns nicht nur ein Motto, es ist unser Wegweiser, der uns auch in Zukunft unseren Weg gemeinsam gehen lässt.

*Das Geheimnis des Erfolges ist, den Standpunkt des anderen zu verstehen.  
(Henry Ford)*



## Zeitarbeit als Frühindikator

Die Arbeitnehmerüberlassung reagiert frühzeitig auf Änderungen der konjunkturellen Rahmenbedingungen. Deutlich wird der zeitliche Vorlauf der Zeitarbeit an der Entwicklung während des konjunkturellen Abschwungs 2008/2009 und der anschließenden Erholung. Der Abschwung zeigte frühzeitig Auswirkungen

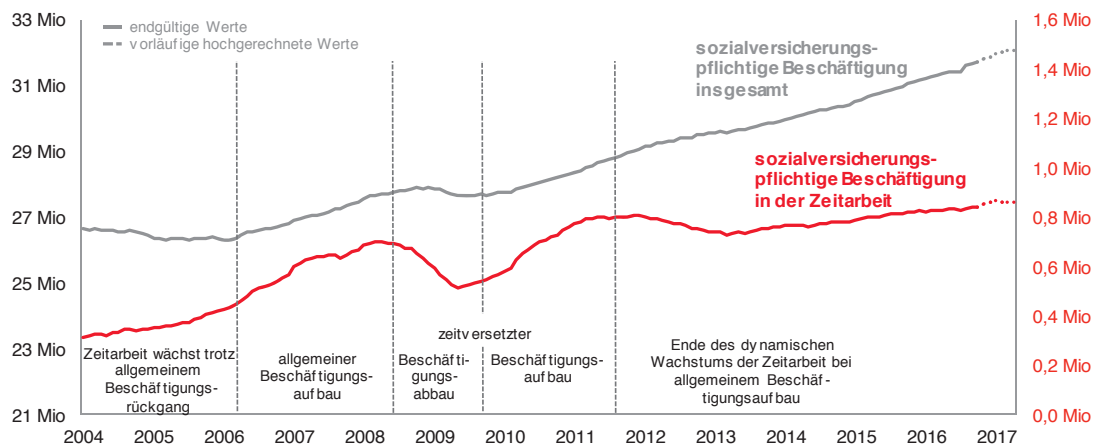
auf die Beschäftigung in der Zeitarbeitsbranche. Deren saisonbereinigter Rückgang setzte bereits im Frühjahr 2008 ein. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt hingegen sank saisonbereinigt erst ab Herbst des selben Jahres. Auf der anderen Seite zeigte sich auch die positive Beschäftigungsentwicklung

der folgenden Monate zunächst in der Arbeitnehmerüberlassung.

**Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit**

**Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt – Aktuelle Entwicklungen der Zeitarbeit, Nürnberg, Juli 2017**

**Zeitarbeit als Frühindikator – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und in der Zeitarbeit**  
Januar 2004 bis April 2017 (vorläufig hochgerechnete Werte ab Januar 2017)



Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

## Zeitarbeitsfirmen bieten Geflüchteten am häufigsten Chancen

Am Ende des letzten Jahres hatte schon jede vierte Zeitarbeitsfirma Erfahrungen mit jenen Geflüchteten gesammelt, die seit 2014 nach Deutschland gekommen sind. Dies sind deutlich mehr Firmen, als in den nachfolgenden Bereichen wie dem Gastgewerbe und dem Bildungswesen mit jeweils 16 Prozent der Betriebe. Die Zahlen gehen aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Als Erfahrung gelten sowohl die Einstellung einer Person als auch ein absolviertes Vorstellungsgespräch.

Rund 13 Prozent der Zeitarbeitsfirmen hatten im vierten Quartal 2016 schon einen seit 2014 nach Deutschland gekommenen Flüchtling eingestellt. Der Durchschnittswert für die Gesamtwirtschaft lag zu diesem Zeitpunkt bei etwa 3,5 Prozent. 16 Prozent der Betriebe planten zum Befragungszeitpunkt die Einstellung von Geflüchteten, acht Prozent eine Ausbildung.

„Die besten Chancen auf eine Ausbildung oder eine Beschäftigung haben Geflüchtete in Betrieben, in denen bereits ein hoher Anteil von Personen mit ausländischer Nationalität beschäftigt ist“, schreiben die IAB-Forscherinnen und -Forscher Nicole Gürtzen, Alexander Kubis und Martina Rebien. „Aus betrieblicher Sicht sind unzureichende Deutschkenntnisse derzeit der Hauptgrund für Einstellungshemmnisse von Geflüchteten“, stellen die Forscher fest. Zudem würden viele Betriebe die beruflichen Qualifikationen der geflüchteten Menschen als noch nicht ausreichend einschätzen.

### Betriebliche Erfahrung mit Geflüchteten nach Wirtschaftszweigen

Hochgerechneter Anteil der befragten Betriebe in Prozent der jeweiligen Gruppe, 4. Quartal 2016

Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ)	25,2
Gastgewerbe	15,9
Erziehung und Unterricht	15,7
Metalle, Metallherzeugung	13,4
Ernährung, Textil, Bekleidung, Möbel u. a.	12,5
Handel, Reparatur	11,9
Gesundheits- und Sozialwesen	11,8
Öffentliche Verwaltung	10,7
Sonstige Dienstleistungen	10,5
Baugewerbe	10,3
Chemie, Kunststoff, Glas, Baustoffe	10,1
Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge	9,8
Verkehr, Lagerei	9,7
Holz, Papier, Druck	9,5
Sonstige wirtschaftliche Dienste (ohne ANÜ)	8,7
Kunst, Unterhaltung, Erholung	6,9
Wasserversorgung, Abfallentsorgung	6,2
Bergbau, Steine und Erden	5,6
Energieversorgung	5,3
Information und Kommunikation	4,9
Land- und Forstwirtschaft	3,6
Finanzdienste, Versicherungen	3,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,8
Freiberufliche wissenschaftl. und techn. Dienste	1,6

Quelle: Sonderbefragung IAB-Stellenerhebung, 4. Quartal 2016.

© IAB

## Für jeden Zweiten gilt ein Branchentarifvertrag

Im vergangenen Jahr arbeiteten 48 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Betrieben, für die ein Branchentarifvertrag gilt. Dies geht aus einer Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor.

Der Anteil der tarifgebundenen Beschäftigten ist in Deutschland generell rückläufig. Im Jahr 1996 arbeiteten in Westdeutschland 70 Prozent der Arbeitnehmer unter einem Branchentarifvertrag. Zwanzig Jahre später, im Jahr 2016, waren es nur noch 51 Pro-

zent. In Ostdeutschland sank der entsprechende Anteil der Beschäftigten von 56 auf 36 Prozent. Für acht Prozent der Beschäftigten im Westen und elf Prozent im Osten galt ein zwischen Betrieb und Gewerkschaft abgeschlossener Firmentarifvertrag.

42 Prozent der westdeutschen und 53 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten arbeiteten 2016 in Betrieben, in denen es keinen Tarifvertrag gab. In Westdeutschland profitierten 50 Prozent dieser Arbeitnehmer jedoch indirekt, da sich ihre Betriebe an Bran-



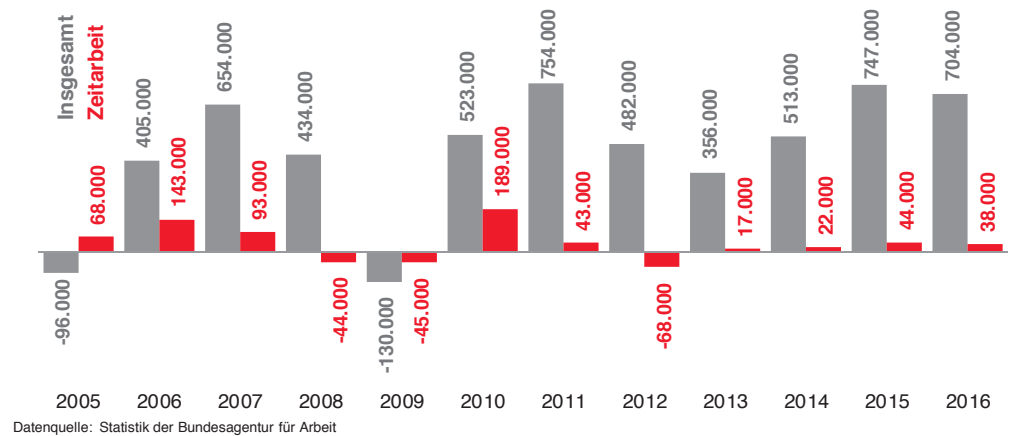
chentarifverträgen orientierten. In Ostdeutschland waren 48 Prozent der Beschäftigten von dieser indirekten Wirkung eines Tarifvertrages erfasst.

## Wachstumsbeitrag der Zeitarbeit

Trotz des mit unter 3 Prozent insgesamt geringen Gesamtbeschäftigungsanteils wirken sich Wachstum bzw. Rückgang der Beschäftigtenzahlen in der Zeitarbeit deutlich auf die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung aus. Die deutsche Wirtschaft geriet z.B. 2012 in den Sog der europäischen Rezession. Die Folge war ein 2013 deutlich abgeschwächtes Plus bei der Gesamtbeschäftigung. Ein Beschäftigungsabbau in der Zeitarbeit trat bereits 2012 ein. Seit 2013 hat die Branche einen leicht positiven Einfluss, der sich in einem Bereich um die 5 Prozent bewegt.

### Wachstumsbeitrag der Zeitarbeit

Veränderung zum Vorjahr; sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt und Zeitarbeitsbranche jeweils 31. Dezember



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt– Aktuelle Entwicklungen der Zeitarbeit, Nürnberg, Juli 2017



Wächst die Wirtschaft, leidet die Natur. Erholt sich die Natur, schrumpft die Wirtschaft. So könnte man meinen. Doch Umweltschutz ist in Deutschland längst ein Wirtschaftsfaktor mit Milliardenumsätzen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, erwirtschafteten im Jahr 2015 die Betriebe des

## Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor

Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors 66,0 Milliarden Euro Umsatz mit Produkten für den Umweltschutz.

Spitzenreiter war mit 37,9 Milliarden Euro der Bereich Klimaschutz. Dabei lagen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Einsparung von Energie mit 19,8 Milliarden Euro Jahresumsatz noch vor Produkten zur Nutzung erneuerbarer Energien (16,5 Milliarden Euro).

Anders als weite Bereiche der deutschen Industrie ist die deutsche Umweltschutzwirtschaft kein Export-

schlager: Fast zwei Drittel der Umsätze für den Umweltschutz (62,7 Prozent) wurden im Inland erwirtschaftet. Lediglich 24,6 Milliarden Euro entfielen auf den Export.

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist der Umweltschutz ein wichtiger Faktor. So waren im Jahr 2015 in Deutschland knapp 260 000 Beschäftigte in der Umweltschutzwirtschaft tätig. Mehr als zwei Drittel (174 000) arbeiteten in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Im Baugewerbe waren gut 45 000, im Dienstleistungssektor rund 37 000 im Umweltschutz beschäftigt.



Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist wichtig und hat dazu beigetragen, hunderttausende neue Arbeitsplätze zu schaffen. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen unbefristete Arbeitsverhältnisse nicht einfach ersetzen.

Deshalb werden wir offenkundige Missbräuche abstellen. Gerade Berufsanfänger, die eine Familie haben oder gründen wollen, brauchen eine verlässliche Perspektive. Durch die Neuregelung von Zeit-, Leiharbeit und Werkverträgen haben wir bereits wichtige Verbesserungen für die Arbeitnehmer erzielt.



Abbau überflüssiger Regulierung in der Zeitarbeit

Wir Freie Demokraten wollen überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit abbauen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die Weltwirtschaft verändert sich schnell. Durch die Digitalisierung nehmen Projektaufträge zu. Darauf müssen Unternehmen flexibel reagieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Zeitarbeit ist hierfür ein wichtiges Instrument. Die Unternehmen können damit Auftragsspitzen abfangen oder kurzfristig spezialisierte Fachkräfte finden. Zugleich profitieren die Beschäftigten von der Zeitarbeit. So erhalten viele Menschen eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt. Das zeigen die Zahlen

der Bundesagentur für Arbeit ganz klar: Rund zwei Drittel aller Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer übten vorher keine Beschäftigung aus. Jeder Vierte hat keinen Berufsabschluss. Für gut Ausgebildete kann die Zeitarbeit in der digitalen Welt zudem neue Wege eröffnen – zwischen Selbstständigkeit und der jahrelangen Arbeit für nur ein Unternehmen. Missbrauch ist in den vergangenen Jahren erfolgreich unterbunden worden: Die Tarifpartner haben bereits Lösungen gefunden, damit der Lohn der Zeitarbeitenden bei längeren Einsätzen an den der Stammbeslegschaft angeglichen wird (Equal Pay). Trotzdem hat die Große Koalition hier bürokratisiert. Die unnötigen gesetzlichen Vorschriften zur Überlassungsdauer und Entlohnung führen zu Unsicherheiten und Aufwand. Dies wollen wir ändern.



Wir wollen existenzsichernde Arbeit anstelle prekärer Beschäftigung ermöglichen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Werkvertragsnehmerinnen und -nehmer brauchen besseren Schutz. Mit der Einführung einer Höchstüberlassungsdauer und dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ haben wir bereits viel erreicht. Diesen Weg werden wir weitergehen. Unser Ziel ist, dass Leiharbeit vom ersten Tag an genauso ver-

gütet wird, wie in der Stammbeslegschaft. Davon darf nur durch repräsentative Tarifverträge abgewichen werden. Die Koppelung eines Leiharbeitsverhältnisses an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) soll unzulässig sein. Wir werden die Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen deutlich ausbauen. Den Missbrauch von Werkverträgen werden wir bekämpfen.



Leiharbeiter\*innen sollen vom ersten Tag an mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Von Werk- oder Dienstverträgen muss die

Leiharbeit klar abgegrenzt werden. Außerdem wollen wir die Beschränkungen aussetzen, die für Geflüchtete bei der Leiharbeit gelten.



Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge verhindern! Leiharbeit schafft im gleichen Betrieb Beschäftigte zweiter Klasse. Beschäftigte in Leiharbeit verdienen 2015 nur knapp 60 Prozent des Durchschnittslohns. Wir wollen die Leiharbeit abschaffen. Bis dahin kämpfen wir um bessere Bedingungen für die Beschäftigten! Lohndumping muss sofort unterbunden werden: Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen müssen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten! Kein Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten darf länger

als drei Monate dauern. Leiharbeiter müssen nach drei Monaten im Betrieb übernommen werden und dürfen nicht gegen andere Leiharbeiter ausgetauscht werden. Der Einsatz von Leiharbeit und die Vergabe von Werkverträgen müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden. Der Missbrauch von Werkverträgen durch Scheinwerkverträge muss wirksam unterbunden werden, indem die Beweislast umgekehrt wird und zukünftig beim Arbeitgeber liegt.



Der zunehmende Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen wirkt sich negativ auf den Wohlstand aus. Daraus entstehen Negativwirkungen für die Demografie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen Altersvorsorge. Die AfD fordert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- oder Werkverträgen in Unternehmen. Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen

Beschäftigungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden. Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden. Sie dürfen nur unter festgelegten Bedingungen abgeschlossen werden.

*Die Texte sind den Programmen der Parteien entnommen.*